

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährl. für Berlin 7 M. 50 Pf.
ohne Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. i. w. Kreuzband-
Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für Frankreich bei Aug. Arnand in
Straßburg i. E.

für England bei Aug. Siegle in London,
30 Fins Street E. C., sowie & Co. in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Verzeichnisse

der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die vierzeilrige Zeile 40 Pf.,

Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite

200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Parlament und Interesse.

Den Aeltesten unter uns lebt es noch in der Erinnerung, welcher Strom der Begeisterung sich über die damals noch zerplitterte Nation ergoß, als die Männer der Paulskirche das Deutsche Parlament auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in die Reichsverfassung eintrugen. Das war der Tropfen demokratischen Deles, mit dem die Monarchie gestalt sein sollte. Wer mochte damals zweifeln, daß eine, auf breiter Basis ermöglichte Mitwirkung des Deutschen Volkes nur zur Kräftigung alles staatlichen Lebens dienen werde, daß die Schicksale eines Volkes um so lichtvoller, bedeutsamer sich gestalten würden, je mehr die Fürsten, auch dem Volke vertrauen, auf das absolute Recht verzichten, alles nur für das Volk zu thun, nichts durch das Volk geschehen zu lassen.

Im Jahre 1849 konnten diese Blüthenräume nicht reifen. Deutschlands innere Freiheit war nur gleichzeitig mit der Einheit des Reiches zu erringen. Dazu bedurfte es der Hammerschläge, die der Reichsbaumeister erst 1864 und 1866 zu führen in der Lage war. Aber nachdem er den Bau soweit gegimmert hatte, that er auch den großen Wurf, knüpfte an die idealen Ueberlieferungen des Jahres 1849 an und gewährte der Nation jenes Mitwirkungsrecht, von dem sie ehe- dem so viel Hohes und Edles für die Wohlfahrt sich erträumt hatte.

Darüber sind nun wiederum 25 Jahre und mehr verstrichen. Reiche Erfahrungen haben wir gesammelt, trüb und froh, wie des Volkes Leben ja auch ein wechselläufiges sein muß, wenn es vor der größten Gefahr — vor der Debe und der Verflachung behütet sein soll. Aber wohin geht der Weg, den wir auf Grund der mannichfaltigen Erfahrungen vor uns sehen? Ist die politische Reife der Nation von den Staatsmännern und den Parteien soweit gepflegt worden und ist sie soweit vorgeschritten, daß wir mit Befriedigung in die Zukunft blicken dürfen? Wird die praktische Anteilnahme der Nation an der Bestimmung ihrer Lebensschicksale, ihres Lebensinhaltes derart von Jahr zu Jahr eine erstere, in den Zielen abgeklärtere, daß die Einrichtung des Parlaments und des Wahlrechts heute womöglich noch größerer Wertschätzung sich erfreut, als bei den Idealisten von 1849?

Oder ist die Entwicklung rückwärts, statt vorwärts gegangen? Man überblicke einmal die seit zwei Wochen im Reichstag wie im Landtag geführten Verhandlungen. Von deren materieller Würdigung kann man ja absehen. Es bleibe ganz außer Betrachtung, wie weit die Klagen und Beschwerden begründet sind, denen wir da überall uns gegenüber befinden. Selbst wenn auch das letzte und äußerste Wort der Klage über das noch lebende Interesse unserer Landwirtschaft seine volle Berechtigung hätte, bliebe immer noch der Erwägung werth, ob die hier beliebte Form nach Umfang der Reden und äußerer Behandlung des Stoffes dazu geeignet war, das Parlament als solches in seiner Bedeutung vor den Augen der Nation zu erhöhen und zu festigen?

Schon diese Frage müßte kurzweg verneint werden. Es ist keinen Augenblick zu beweisen, daß die agitatorische Behandlung der Sache alle ihre Motive denjenigen Parteien entlehnt hat, die von der Uebertreibung und dem lärmenden Tagesstreit leben, die also den Lärm um des Lärmes willen betreiben. Und wenn es dies allein wäre! Aber das Uebel wurzelt noch tiefer: der Lärm ist nicht etwa in dem Gedankens entstanden, damit der Sache selbst zu Nutzen; er verdankt seinen Ursprung dem von außerparlamentarischen Strömungen auf die parlamentarischen Kreise geübten Druck,

also am letzten Ende der Besorgniß gewisser Parteikreise, die Günst der Massen sich zu verschärfen. Draußen im Lande treiben eben Demagogen aller Art ihr Handwerk; sie nehmen den Wähler für sich ein, bringen ihm den Glauben bei, daß die Parlamentarier ganz anders — „demagogisch“, um mit Herrn Ulrich-Ghemnitz, „socialdemokratisch“, um mit Herrn Ruprecht-Flauiern zu reden — vorgehen müßten. Und die Furcht vor diesen unverantwortlichen Hegeposteln draußen im Lande hat nun die Herrschaft über die parlamentarischen Vertreter des Landes ergriffen. Um nicht überflügelt zu werden, treibt man im Parlamente selbst jenes Handwerk, das draußen so rauchenden Beifall findet.

Böse Beispiele haben die gute Sitte verdorben. Gewiß, die Socialdemokratie hat angefangen; sie hat die Begehrlichkeit eines bestimmten Theiles der Bevölkerung geweckt und als rücksichtslos-begehrliche Interessensvertretung dieses Theiles d. h. der Arbeiterklasse, im Reichstages das Wort geführt. Eine Weile war man wohl auf allen übrigen Bänken des Reichstages darin wenigstens einig, daß man gegen eine derartige Mißachtung der Pflichten einer Volksvertretung activen und passiven Widerstand leisten müsse. Noch in den achtziger Jahren konnte man von rechts und links her die übereinstimmende Betonung des Grundgesetzes hören, daß nimmermehr das nackte Interesse je eines Theiles der erwerbenden Klassen im Parteiwesen und in den Parteiprogrammen zur Herrschaft gelangen dürfe.

Das hat sich heute gewaltig geändert. Die parlamentarischen Verhandlungen der letzten Wochen waren nur die begleitende Erscheinung zu der agitatorischen Vorbereitung auf den heutigen Tag, die draußen im Lande überall im Werke war. Man will das Interesse einer zweiten Erwerbsklasse, der Landwirtschaft, als Parteipetob aufzurichten und der heutige Tag muß entscheiden, ob das mit Erfolg vorbereitet wurde, oder nicht. Die erste Kraftprobe aber, zu der man demnach sich anschicken will, soll am Russischen Handelsvertrag vorge- nommen werden.

Fassen wir sofort dieses Ziel der Bewegung ins Auge. Es erleichtert den Rückschlag auf die politische Zulässigkeit des ganzen Unternehmens. Wir sind gewiß die Letzten, die sich bemühtig finden könnten, den bisher gestifteten Handelsverträgen ein Loblied zu singen, — nichts liegt uns fern. In dem Stadium der weltwirtschaftlichen Entwicklung, in dem wir uns befinden, haben wir die Vertragspolitik an sich als eine Nothwendigkeit wohl anerkannt, haben aber niemals daraus ein Fehl gemacht, daß wir den vertragsschließenden Nachbarn alle Vortheile zugestanden, uns nur die Opfer aufgelastet haben. Ob das aus Gründen der Dreibundepolitik unvermeidlich war, wagen wir nicht zu bestreiten; es zu bezweifeln kann uns Niemand wehren.

Nun sind jene Verträge gegebene Thatsache und nachdem wir zu Gunsten von Nachbarnächten, mit denen wir im Frieden und in Freundschaft leben, willig uns bedürdet haben, kommt Rußland und regt an, ebenfalls einen Handelsvertrag mit ihm zu verabreden. Kein Wunder, daß die Sorge sich äußert, Deutschland möchte wiederum nur Nachteile dabei übernehmen; kein Wunder, daß diese Sorge sogar in lauten Worten zu Gehör zu kommen sucht. Wäre es nur dies, so möchte der Kanzler vielleicht dankbar dafür sein; es gäbe ihm einen Rückhalt, den Russen gegenüber weniger freigeig zu sein. Aber die Agitation geht weiter und will dem Parlament die Pflicht auferlegen, „unter allen Umständen“ jeden Vertrag mit Rußland zu verwerfen. Man fetert im Voraus den Erfolg dieser Agitation als einen Triumph „berechtigter Interessen“ und erlebte den Erlola-

um daraufhin die Interessensvertretung als Partei- sache declariren zu können.

Täuschen wir uns nicht darüber, daß dies die Rich- tung jener agitatorischen Strömung ist, die plötz- lich so stark auftritt, und täuschen wir uns auch darüber nicht, daß das Parlament in dem Augen- blick abgedankt hat als Nationalvertretung, wenn es diese gebundene Marschroute sich vor- schreiben läßt. Wir haben nicht das Mindeste da- gegen einzuwenden, daß die Landwirthe ihre be- rechtigten Interessen nach außen hin und dem Parlament gegenüber durch Verdingungen aller Art geltend zu machen suchen. Aber wir wollen dem Parlament doch die volle Freiheit gewahrt sehen, als Vertretung der Nation auch alle hohen Gesichtspunkte der auswärtigen Politik und unserer gesammten nationalen Wirtschaft im weltwirth- schaftlichen Rahmen mit abzuwägen, wenn über den Handelsvertrag mit Rußland abgestimmt wer- den soll. Das Parlament muß in der Lage bleiben, auch die Folgen einer, wie man zugeben muß, ge- rechtfertigten, tiefen Verkümmung Rußlands zu erwägen, die dann eintreten würde, wenn Deutsch- land anderen Mächten große und dem Russischen Nachbar gar keine Zugeständnisse machen sollte. Unsere internationalen Beziehungen könnten dar- unter derart leiden, daß gerade die Landwirth- schaft im Osten an ihrem Leibe gehnisch zu be- zahlen hätte, was sie jetzt einfach zu zahlen sich weigerte.

Das Parlament aber wäre am Ende seiner Existenzberechtigung, wenn es sich jetzt imperativen Mandaten unterwerfen würde. Der Traum von 1849 wäre völlig ausgeträumt, die große Hoffnung von 1867 wäre grausam zerstört. Ein Parlament, das nur unter bestimmten Interessen - Gesichtspunkten noch seine Entscheidungen trafe, wäre nicht mehr jene Volksvertretung, der die Nation als Ganzes ihre Schicksale anvertrauen dürfte. Wir werden es mit größter Verwunderung be- grüßen, wenn dieses erste Wort in erster Stunde von den heute hier sich vereinigen Deutschen Landwirthen gehört und gewürdigt wird. — y —

Telegramme.

Köln, 17. Februar. (G. L. C.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ befiel die gestern in Köln abgehaltene Konferenz des Nord- atlantischen Dampferlinien-Verbandes, von einer Wiederaufnahme der Beförderung von Auswanderern abzusehen und in der dritten Klasse nur Amerikaner und Reisende zuzulassen.

Wien, 17. Februar. (G. L. C.) Abgeordnet- haus. Der Jungesche Graf Raunig, welcher sich in der gestrigen Sitzung einen Ordnungszug zugewogen hatte, erklärte heute ungezogen und frei- willig, daß er seine gestrige Verweigerung über den Beamtenstand als unparlamentarisch und nicht ganz zutreffend bezeichnen müsse; es fielen ihm nicht ein, den Beamtenstand über ein einzelnes Mitglied des- selben beleidigen zu wollen.

Paris, 17. Februar. (G. L. C.) Die Arme- Commission der Deputirtenkammer begann die Prü- fung des Gesetzes über die Armeegabres und be- schloß, daß die Infanterie-Regimenter 3 Bataillone erhalten sollten unter Vermehrung der Zahl der Officiere. Die Commission sprach sich dahin aus, alle für erforderlich erachteten Vermehrungen der Gabres zu votiren ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebende Vermehrung der Ausgaben.

Paris, 17. Februar. (G. L. C.) Admiral Buge, Commandeur einer Division des Mittelmeer-Ver- schwaaders, ist gestorben. (Siehe auch in der II. und III. Beilage)

Mittheiliche Nachrichten.

Der König hat dem Major Krüger im 2. Pom- merischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 17 und dem Unterofficier Joseph Schütz im Grenadier-Regi- ment König Wilhelm I. (2. Westpreussisches) Nr. 7 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.